

Endlich Anerkennung?

Menschenrechtsausschuss berät über Vertragsarbeiter*innen

Die neue und letzte Phase des Ringens um Respekt und Anerkennung hat begonnen.

Der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages berät über die Situation der Vertragsarbeiter*innen.

Von Hans-Joachim Döring

Die Sitzung im April 2023

Am 28. April berichtete der Pressedienst des Deutschen Bundestages nach einer Sitzung des Menschenrechtsausschusses: „Vertreter*innen aller Fraktionen äußerten Anerkennung für das erlittene Unrecht der ehemaligen Vertragsarbeiter*innen aus Mosambik in der DDR.“ In der Beratung hatte einleitend die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, **Evelyn Zupke**, dringlich eine Entschädigung der früheren mosambikanischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter gefordert. Sie führte aus: „Viele der etwa 17.000 Frauen und Männer, die dort zwischen 1979 und 1989 unter anderem im Braunkohle- oder Kupferbergbau, in der Landwirtschaft oder Textilindustrie tätig waren, seien bereits verstorben. Tausende jedoch warteten noch auf zugesagte Leistungen und eine Anerkennung, so die Ombudsfrau für die Opfer der SED-Diktatur bei einem Gespräch im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Zupke appellierte an die Abgeordneten, sich gegenüber der Bundesregierung für baldige Lösung einzusetzen. Aufgrund des Alters der Betroffenen sei Eile geboten. Die Vertragsarbeiter*innen seien „Opfer zweier totalitärer Staaten, die über ihre Köpfe hinweg über sie entschieden und benachteiligt haben“. Es gehe um die Verletzung von Menschenrechten.

Den Vertragsarbeiter*innen, die auf Basis eines 1979 geschlossenen Staatsvertrags zwischen der DDR und der Volksrepublik Mosambik nach Ostdeutschland kamen, sei eine Ausbildung versprochen worden, tatsächlich hätten sie vor allem körperlich anstrengende Tätigkeiten verrichten müssen, so Zupke. Zudem erhielten sie nur einen Teil ihres Lohns: Zur Tilgung von Schulden Mosambiks behielt die DDR 25 bis 60 Prozent des Lohns oberhalb eines Sockelbetrags von 350 DDR-Mark ein. Den Arbeiter*innen versicherte man, dass sie diesen Restbetrag nach ihrer Rückkehr in Mosambik ausgezahlt bekämen. Dies sei aber nicht geschehen, betonte die SED-Opferbeauftragte. Ungeklärt seien auch Rentenansprüche. Diese hätten eigentlich in das mosambikanische Ren-

tensystem überführt werden sollen, aber auch das sei nicht passiert.

Nach dem Zusammenbruch der DDR habe die Bundesrepublik in den 1990er Jahren im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Zahlungen an Mosambik geleistet – auch mit dem Ziel, den ehemaligen Vertragsarbeiter*innen zu helfen, erklärte Zupke. Doch das Geld sei wahrscheinlich durch Korruption verloren gegangen und den Betroffenen nie zugutegekommen.

Zu einer rein innermosambikanischen Angelegenheit werde der Fall dadurch nicht, so die Opferbeauftragte. Die Geschichte der Vertragsarbeiter*innen sei ein Teil deutscher Geschichte. Sie betonte, wie schon bei einem öffentlichen Fachgespräch mit Betroffenen, Experten und Politikern Ende Januar im Bundestag, die historische Verantwortung Deutschlands. Trotz der bereits geleisteten Zahlungen durch die damalige Bundesregierung sei das Ziel, die Vertragsarbeiter*innen ausreichend zu unterstützen, nicht erreicht worden. Ihnen sei in Deutschland Unrecht widerfahren, in der Heimat würden sie bis heute als „Madgermanes“ diffamiert. Die Mehrheit von ihnen lebe zudem in prekären Verhältnissen.¹

Das Fachgespräch im Januar 2023

Dieser Sitzung des Menschenrechtsausschusses war am 19.02.2023 ein Fachgespräch zu den offenen Fragen der Vertragsarbeiter*innen aus Mosambik in Bundestag vorausgegangen. Dieses hatte die Opferbeauftragte des Bundestages mit Unterstützung des Fortsetzungsausschusses „Respekt und Anerkennung“ vorbereitet. Auf dem Fachgespräch sagte **Markus Meckel**, Außenminister der letzten und demokratisch gewählten Regierung der DDR und Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: „Das Schicksal der mosambikanischen Vertragsarbeiter sei die Geschichte einer vergessenen Opfergruppe. Zum Unrecht während der DDR seien Fehler im deutschen Einigungsprozesses gekommen. In der Schnelle des Einigungsprozesses habe man Dinge, die man zugesagt hatte, nicht mehr sauber und vollständig umsetzen können.

Das Thema habe nun, nach 33 Jahren, eine hohe Dringlichkeit. Jenseits von rechtlichen und finanziellen Fragen habe Deutschland eine moralische Verantwortung. Er hoffe, dass das jetzt vom Parlament aufgegriffen werde. Es gelte Entschädigungen für entgangene Lohnzahlungen zu leisten, Rentenansprüche zu prüfen, aber auch darum, diesen Teil der deutschen Geschichte stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.“

Als Vertreter der betroffenen Vertragsarbeiter*innen und Co-Vorsitzender des Fortsetzungsausschusses „Respekt und Anerkennung“ berichtete **Adelino Massuvira**: „Er sei nun 61 Jahre alt, aber viele seiner Landsleute würden schon nicht mehr leben. Es gehe darum, den Verbliebenen, aber auch den Hinterbliebenen, nun rasch zu helfen. „Lassen Sie nicht zu, dass sich das Problem auf biologische Weise löst.“ Die systematisch um ihre Rechte gebrachten

¹ Quelle: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-945228>



Foto © Deutscher Bundestag / Marc Beckmann

Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter seien auch ein Menschenrechtsthema. In der DDR hätten die Vertragsarbeiter*innen keine Lobby gehabt. Die Gewerkschaft habe sich nicht gekümmert, ob Löhne ausgezahlt wurden, und auch nicht darum, wohin die Gelder aus Deutschland gingen. Rückkehrer*innen hätten in Mosambik keine Wiedereingliederung erfahren, sondern seien auf Ablehnung und Verachtung gestoßen. Sie hatten nichts in der Hand, ihre Arbeitszeugnisse seien ihnen abgenommen worden.

Erst jetzt erfahren wir Aufmerksamkeit, von der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland über die Stiftung Aufarbeitung bis hin zum persönlichen Einsatz Einzelner. Die Bundesregierung habe die Angelegenheit bislang als abgeschlossen betrachtet und als innere Angelegenheit Mosambiks. Aber das Versprechen, dass die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen ihr Geld ausgezahlt bekommen, ist nicht vollumfänglich geschehen. Deutschland habe Geld an eine korrupte Regierung überwiesen. Das Thema müsse nun politisch aufgearbeitet werden. Über Entschädigungszahlungen und einen Hilfsfonds hinaus müsse es darum gehen, das getrübbte Image der ehemaligen Vertragsarbeiter*innen zu verbessern, ihre Leistungen zu würdigen.“ So der Pressedienst des Bundestages.²

Das Gutachten vom Juli 2022

Auf dem Fachgespräch erläuterte die Soziologin Uta Rüchel Kernpunkte aus ihrem Gutachten „Darstellung der offenen Fragen in Bezug auf den Einsatz mosambikanischer Vertragsarbeiter:innen in der DDR“.³

Unter anderem führt sie im Gutachten aus: „Vor diesem Hintergrund ist entschieden auf die politisch-moralische Verantwortung der Bundesregierung zu verweisen und aus humanitären Gründen auf schnelles Handeln zu dringen. Insbesondere sind vor allem Möglichkeiten von Entschädigungen nach einem vereinfachten und pauschalisierten Verfahren bzw. Entschädigungen aus sozialen und humanitären Gründen dringend zu prüfen. Politik, Verwaltung und Justiz haben in den letzten Jahrzehnten verschiedene opfergruppenspezifische Verfahren gefunden und ermöglicht.“

Grundlegend braucht es den politischen Willen, geschehenes Unrecht auch öffentlich anzuerkennen und die Bereitschaft zu ver-

² <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/2023/01/20/sed-opferbeauftragte-des-bundestags-unterstuetzt-die-forderung-nach-entschaedigung/>

³ https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2022/09/Gutachten_Vertragsarbeiter_2022-09-23_gesamt.pdf

antwortungsbewusstem humanitärem Handeln. Für die Betroffenen wäre das ein wichtiges Zeichen von Respekt und Anerkennung ihrer Leistungen.

Darüber hinaus könnte als konkrete Maßnahme eine Stiftung gegründet werden, die vergleichbar mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) nachhaltige Projekte in Mosambik fördert – besonders für ehemalige Vertragsarbeiter:innen und ihre Kinder, ggf. aber auch für andere in prekären Verhältnissen lebende Menschen. Die aus der Verantwortung für die Vertragsarbeiter:innen herrührenden Maßnahmen würden damit der mosambikanischen Gesellschaft insgesamt zugutekommen.“

Die Tagung im Februar 2019

Diesen erneuten politischen und parlamentarischen Aktivitäten und der wohl letztmöglichen Phase in Ringen um Würdigung und für Entschädigung der Vertragsarbeiter*innen ging die internationale Tagung „Respekt und Anerkennung für mosambikanische Vertragsarbeiter*innen und Madgermanes“ im Februar 2019 in Magdeburg voraus. Auf ihr berieten Betroffene aus Deutschland und Mosambik, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen die hochkomplexe Materie dieser speziellen Arbeitsmigration zwischen der DDR und Mosambik seit 1979.

Auf der Tagung wurden drei Hauptforderungen deutlich herausgearbeitet:

- Eine angemessene Entschädigung für den vorenthaltenen Lohnabzüge in der DDR, die sogenannten „Nettolohnpflichttransfers“; möglichst in einem pauschalisierten, vereinfachten Verfahren
- Klärung der Ansprüche aus und Zugänge zu den Rentenansparungen für die in das Sozialsystem der DDR eingezahlten Beträge der einzelnen Vertragsarbeiter*innen
- Gesellschaftliche und politische Würdigung der Leistungen der Vertragsarbeiter*innen und Madgermanes in dieser speziellen Form von Arbeitsmigration und der großen Gruppe von Betroffenen sowie neue Aufmerksamkeit für ihre sozialen Fragen in Deutschland aber auch in Mosambik.

Weitere Informationen zur Tagung finden sich unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/konferenz/>

Was kann die soli-, entwicklungspolitische und dekolonialistische Szene in dieser entscheidenden Phase tun?

Eine bisher einmalige Beschäftigung im Menschenrechtsausschuss bringt noch keine Lösung, auch wenn endlich eine parlamentarische Debatte am richtigen Ort, dem Deutschen Bundestag begonnen hat. Lobbyarbeit durch die geeigneten Netze sind jetzt, in diesem Jahr auf den verschiedenen Ebenen notwendig. Der KKM ist so ein wichtiges und weitreichendes Netzwerk. Jede*r Engagierte für Mosambik und die Menschen in Mosambik und für das südliche Afrika und jedes Mitglied des KKM kann „seine“ Bundestag-abgeordneten um ein Gespräch bitten oder zu den öffentlichen Beratungsstunden gehen, um über diese Betroffenenengruppe zu informieren, auf den Prozess hinweisen und um Unterstützung bitten. Zudem kann man sich nach der Beschäftigung zur Sache in der jeweiligen Fraktion erkundigen. Der Menschenrechtsausschuss ist nur ein wichtiger Einstieg. Es geht auch um Sensibilisierung, Information und Gespräche mit Mitgliedern der außenpolitischen, entwicklungspolitischen Ausschüsse und des Finanzausschusses

sowie insbesondere der Regierungsfraktionen. Über die Homepage des Fortsetzungsausschusses „Respekt und Anerkennung“ (<https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de>) und etliche weitere Informationsquellen - so kann sich sachdienlich informiert und ausreichend für die Gespräche fit gemacht werden. Eine Entscheidung, in welcher Form eine Anerkennung der durch Unrecht von staatlichen Strukturen entwerteten Lebensleistungen der Vertragsarbeiter*innen erfolgen sollte, muss in dieser Legislatur getroffen und nachhaltig verankert werden. Im anderen Fall wird es keine soziale und keine politische, sondern eine biologische Lösung der offenen Fragen der Vertragsarbeiter*innen aus Mosambik geben, wie es Adelino Masuvira zum Ausdruck brachte.

Hans-Joachim Döring ist Mediator für Wirtschaft und Umwelt (IHK), Beauftragter der EKM für Umwelt und Entwicklung i. R. sowie Co-Vorsitzender des Fortsetzungsausschusses „Respekt und Anerkennung“.

„Ich habe mir die DDR als Paradies vorgestellt“

Hans-Joachim Döring auf den Spuren der Vertragsarbeit in Magdeburg



Es gilt zu berichten von einer sehr empfehlenswerten Ausstellung der Hochschule Magdeburg-Stendal und des Technikmuseums Magdeburg. Imposante fast 130 Besucher*innen waren zur Vernissage am 26. April 2023 ins Technikmuseum geströmt. Die meisten zog wohl der romantisch-nostalgische Titel der Ausstellung an. Viel Biografie schwang da mit.

Diese Ausstellung besticht durch Konzept und Ort. Der Ort: eine alte IndustriewerksgröÙhalle der 20er- oder 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, die sich durch die Investitionsschwäche der DDR bis ins neue Jahrtausend retten konnte. Der Geruch – ach was – der Duft war so unbeschreiblich echt: alte Maschinen- und Montagehalle. Zudem war sie vollgestellt mit typischen mechanischen Industrieobjekten. David Macou, der mich begleitete, sagte: „Es riecht wie in Welzow, in meiner Reparaturwerkstatt. Damals.“

Junge Leute, Studenten und Studentinnen im Fachbereich Ingenieurwissenschaften und Industriedesign der Hochschule Magdeburg-Stendal haben angestiftet durch Prof. Dr. Carolin Kollwe die Spuren der Vertragsarbeit in Magdeburg aufgespürt. So entstand ein wertvoller begehbarer Beitrag zur lokalen Geschichte der Arbeitsmigration. Auf Grundlage mehrerer Interviews wurden die Ankunft der Vertragsarbeitenden in der DDR, deren Alltag, die turbulenten Wendejahre und ihr heutiges Schaffen in Magdeburg und Umgebung nachgezeichnet. Die Schau zeigt auch, warum sie trotz Widrigkeiten in Magdeburg eine neue Heimat gefunden haben und bis heute die Stadt mitgestalten.

Neben dem Ort und dem Blick der jungen Leute gewinnt die Ausstellung durch den weiten Länderkanon. Es wird berichtet über Vertragsarbeiter*innen, ihre Motivationen, Freundschaften und Schwierigkeiten unter anderem aus Ungarn, Vietnam und Mosambik. Die Texte sind präzise und die Neugier der Studierenden war groß. Dies vermittelt sich gut. Die Empfehlung: Sehr lohnenswert!

In Kürze

März bis Mai 2023

Mitarbeit von Anna-Lena Stammen, Janine Sorgenfrei & Paula Bünger

LNG-Vorhaben von TotalEnergies in Cabo Delgado

Die schwierigen Verhandlungen zur Wiederaufnahme des Gasprojekts von TotalEnergies in Cabo Delgado werden scheinbar fortgesetzt. Dies verdeutlichen teils widersprüchliche Aussagen, die Ende April zu dem Thema gemacht wurden: Am 26.04. betonte Nyusi auf der Bergbau- und Energiekonferenz in Maputo, die Situation in Cabo Delgado lieÙe es jederzeit zu, dass TotalEnergies seine Aktivitäten wiederaufnehme. Patrick Pouyanne, CEO von TotalEnergies, sprach auf einer Telefonkonferenz mit Investoren hingegen davon, dass Total keine Eile habe und eine Rückkehr verfrüht sei. Er betonte bereits mehrfach, dass eine Wiederaufnahme des Projektes maßgeblich von der Sicherheit und einer Rückkehr der Normalität in den Distrikten Palma und Mocímboa da Praia abhängen, einem Ende der Korruption und der Menschenrechtsverletzungen sowie der Wiederaufnahme der Behördendienste. Dies war bisher eindeutig nicht der Fall.

TotalEnergies hat sich in Cabo Delgado engagiert, um die Vertriebenen und die Unternehmen, insbesondere bei der Rückkehr nach Palma, zu unterstützen. Seit Anfang des Jahres verhandelt Pouyannes Vertreter Jean-Christophe Rufin mit der mosambikanischen Regierung, wahrscheinlich vor allem über die Kontrolle von Geld und Entwicklung und darüber, wieviel Geld an die Frelimo-Elite gehen soll. TotalEnergies scheint eine Enklave in den Bezirken Palma und Mocímboa da Praia anzusteuern, in der sowohl die Frelimo-Eliten als auch die Terrorgruppen auf Distanz gehalten werden sollen. In dieser Zone wird einerseits Sicherheit durch die ruandischen Streitkräfte geschaffen, andererseits überwacht TotalEnergies die Rückkehr zur Normalität und bietet Entwicklung für die lokale Bevölkerung, die das Gefühl hat, dass sie von dem Gasprojekt profitiere. In dieser Entwicklungs- und Sicherheitsenklave würde dann das Gas gefördert. Im übrigen Cabo Delgado hingegen werden die Frelimo, das mosambikanische Militär, südafrikanische und andere Streitkräfte, wie auch die Aufständischen weiterhin eine Rolle spielen.

Währenddessen wird wiederholt kritisiert, dass Wiederaufbauhilfen in Cabo Delgado bevorzugt an Frelimo-Mitglieder gingen. Nachdem Präsident Nyusi öffentliche Kritik nicht zuließ, gibt es einen stillen Geberstreik in Mosambik. Einerseits blieben Gebermittel für die diesjährigen Wahlen aus, da die mosambikanische Regierung nicht auf die Kritik an den Wahlen 2019 reagiert hatte. Ebenso wurden Gebermittel still zurückgezogen, nachdem der Wiederaufbauplan für Cabo Delgado vollständig aus Maputo gelenkt wurde und Aufträge in der Hand der Frelimo verteilt wurden – ohne die Kritik an der mangelnden Beteiligung der Menschen vor Ort, die durch Geber geäußert wurde, ernst zu nehmen. Die große Ausnahme stellt die Weltbank dar, die Geberstreiks in der Regel nicht unterstützt, und ihre Darlehen weiterhin der mosambikanischen Regierung zur Verfügung stellt.

Bei der Telefonkonferenz mit den Investoren Ende April machte Pouyanne klar, dass LNG eine sehr gute „Geldmaschine“ sei und er

in Cabo Delgado vorankommen wolle, wenn die Bedingungen erfüllt seien. Der größte Teil des mosambikanischen Gases sei bereits vorverkauft, und nur wenige Käufer seien trotz der zweijährigen Verzögerung abgesprungen.

Dies ist aber auch eine Absage an das Pariser Klimaabkommen und die 1,5° C Grenze: Denn um unter einem Temperaturanstieg von 1,5° C zu bleiben, könnte das Gas aus Mosambik nicht genutzt werden – bei einer Orientierung an einer 2° C Grenze hingegen schon. Für Mosambik ist der klimatische Unterschied zwischen 1,5 und 2 Grad jedoch enorm: Die Überschwemmungen durch Zyklon Freddy im März und die sintflutartigen Regenfälle in Boane, Matola und Maputo im Februar stehen in direktem Zusammenhang mit der Klimakrise. Starke Wirbelstürme, Regenfälle und Dürren gehören schon jetzt, bei einer Erwärmung von 1,16° C im Jahr 2022, zur neuen Normalität für Mosambik. Kosten für eine Anpassung an den Klimawandel, etwa durch bessere Straßen, größere Abwasserkanäle, stabilere Gebäude oder mehr Bewässerung in ländlichen Gebieten, müssten jetzt bezahlt werden. Mosambik hat jedoch noch immer nicht alle Gebergelder für den Wiederaufbau nach Zyklon Idai erhalten. Auch mögliche Einnahmen aus dem Gasgeschäft würden frühestens Mitte der 2030er Jahre fließen – zu spät, und wahrscheinlich auch nicht ausreichend, um die Kosten der Klimakrise für Mosambik zu decken.

Zyklon Freddy kehrte zurück

Zyklon Freddy kehrt zum zweiten Mal zurück und soll morgen Quelimane (10. März) noch viel härter treffen, als er Vilankulos vor zwei Wochen getroffen hat (24. Februar). Es werden Winde von 140 km/h, Böen bis zu 170 km/h und Niederschläge zwischen 100 und 200 mm erwartet. Samstag wird Freddy nach Tete und Malawi weiter ziehen. In das Inland zu ziehen und zur Straße von Mosambik zurückzukehren ist ein ungewöhnliches Muster, das aber zum Beispiel auch bei Zyklon Delfina an Silvester 2002 und bei Zyklon Gombe am 12. Februar 2021 so aufgetreten ist. Was bei den Zyklonen Freddy und Idai besonders ist: beide sind umgedreht und haben Mosambik ein zweites Mal getroffen, dabei sogar stärker als beim ersten Mal. Als Idai am 4. März 2019 Angoche traf, war er nur ein Tropensturm. Danach zog er durch Malawi, kam am 9. März zurück zur Straße von Mosambik und traf Beira am 15. März als der tödlichste und am meisten Kosten verursachende Zyklon, der Mosambik jemals getroffen hat. Bei sowohl Idai und auch Freddy hat die zusätzliche Woche über der Straße von Mosambik zur Folge, dass mehr warmes Wasser und Energie aus dem Meer aufgesaugt wurde, was zu stärkeren Winden und Niederschlägen führt.

Zwei einzigartige Zyklone in vier Jahren, die den Verlauf haben, dass sie in das Landesinnere gehen, dann zur Straße von Mosambik zurückkehren und schließlich Mosambik ein zweites, härteres Mal treffen, werfen Fragen über einen Klima-Notstand auf. Es gibt zwar keine klare Antwort darauf, aber die steigenden Temperaturen der Straße von Mosambik müssen eine Rolle dabei spielen, die den Zyklonen zusätzliche Kraft verleihen. Freddy ist nun der bisher